Ausgabe für Groß-Berlin

20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 5. Februar 1928
Sonntag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5979—5999 Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch
Kraft und Stoff · Weltverkehr
Wirtschaft u. Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
5. 2. m Nr. 61 20 Pfennig

Zum Tage

Der griechische Finanzminister Kafandaris ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

*

Mussolini hat für die fascistischen Auslandsorganisationen ein Reglement herausgegeben.

*

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine Tagung in Genf geschlossen.

Gegen den Sozialismus

Von
Winston S. Churchill,
Britischem Schatzkanzler

Mr. Ramsay Mac Donald, der Führer der britischen Arbeiterpartei, behauptet, daß die Prinzipien des Sozialismus stichhaltig seien und in der Industrie und im Handel Anwendung finden sollten. Aber die Sorte von Sozialismus, die er vertritt, ist eine Art des verklärten Kapitalismus, aus dem alle Fehler der menschlichen Natur herausgeschnitten sind und an dessen Spitze er selbst als ewiger Premierminister steht. Wir alle möchten eine höhere Gesellschaftsorganisation haben, reichere Frucht der Arbeit und Belohnungen für Mühe, für jede Art von Tüchtigkeit, Genie und Anstrengung, die dem, was recht und billig ist, besser entsprechen. Aber was hat dies alles mit der Frage der zunehmenden Anwendung des sogenannten Sozialismus auf Regierung und soziales Leben zu tun? Natürlich, wenn Sozialismus als alles das definiert wird, was Fortschritt bewirkt, und die Phantasie sich ein glänzendes Ideal menschlicher Glückseligkeit vorstellt, bei der alle Arbeit sich selbst verrichtet, und wenn Kapitalismus als alles, was in unserem gegenwärtigen Zustand übel ist, definiert wird und ihm alle unsere Schwächen, Verbrechen, Laster, Leiden und Unreife zugeschrieben werden, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß wir alle Sozialisten sein sollten. Aber können die Sozialisten auch die versprochenen Waren liefern? Das ist die wichtigste Frage.

Sozialismus wird als etwas sehr viel Edleres hingestellt als irgendwelche anderen Ideale, nach denen die Nationen der Welt gelebt und sich entwickelt haben. Aber sicherlich besteht doch ein großer Unterschied zwischen dem freiwilligen, in reichem Maße aus dem menschlichen Herzen fließenden Opfer, das Christentum und Altruismus bedeutet, und der Zwangsenteignung durch Staatsgewalt zwecks eines Versuchs, absolute Gleichheit herzustellen. Der Sozialismus tut nichts mit größerer Vorliebe, als sich für den wahren Vertreter der Christlichkeit und der wirklichen Verbrüderung der Menschen zu erklären. Aber finden wir diese höchste Brüderlichkeit unter den sozialistischen Persönlichkeiten, die wir heute in unserer Mitte sehen? Man sagt uns, daß etwas weit Besseres, als was wir bisher gekannt haben, durch ihre Ideale und den Geist, den sie dem Leben einflößen, erreicht werden könnte. Doch in der Praxis erblicken wir sie unter den allerzanksüchtigsten Individuen. Ich spreche nur als Draußenstehender. Was für Enthüllungen könnte Mr. Ramsey Mac Donald über „Sozialismus von innen gesehen" machen! Eine Broschüre hierüber wäre weit interessanter als eine über den „Sozialismus zu unserer Zeit".

Der Annahme eines sozialistischen Systems stehen gewisse offensichtliche Schwierigkeiten im Wege. Erstens einmal hat es sich stets für den Wohlstand bei jeder Tätigkeit, in jedem Lande und in jedem Zeitalter, in denen es eingeführt wurde, äußerst schädlich erwiesen. Viele Beispiele aus der Geschichte ließen sich anführen. Wo auch immer der Versuch zur Einrichtung einer gemeinsamen Gesellschaft gemacht worden ist, sind die Quellen der Erzeugung, der Born der Unternehmungslust, versiegt und Armut und Stagnation waren die Folgen.

Betrachten wir die Frage der Freiheit. Der Sozialismus ist der Freiheit feindlich. Sozialismus bedeutet die Leitung unserer Angelegenheiten von einer obersten und zentralisierten Behörde. Was vermag das Individuum dagegen zu tun? Sehen Sie sich Rußland an. Dort sehen Sie, wie das Experiment tatsächlich an Millionen von menschlichen Wesen versucht wird, und zwar von Männern, unter denen einige zu den größten Geistern der Welt zählen. Hat es dort Wohlstand, Zufriedenheit, Freiheit erzeugt? Ich habe kürzlich in einer Zeitung gelesen, Kamenew beklage sich, daß für Kommunisten in Rußland weniger Freiheit bestände als in Deutschland unter Hindenburg. Man könnte erwidern, Rußland stelle durchaus nicht das dar, was der Sozialismus in England sein würde; vielmehr würde in England jeder Mensch frei sein. Aber wir haben ein Recht, auf das Beispiel in Rußland zu verweisen und zu erklären, daß es sich als eine absolute Vernichtung jeder Form von Freiheit erwiesen hat.

Wir hören viel von Privatunternehmungen und Konkurrenz. Einige Unternehmungen haben Erfolg, während viele fehlschlagen. Unter dem Kapitalismus wird ein Unternehmen auf den Ruinen eines anderen aufgebaut. Der drohende Bankrott hält die Zahl der Fehlschläge nieder. Doch wenn ein Geschäft falliert, leidet nicht das gesamt Gemeinwesen. Wenn unter dem Sozialismus ein Geschäft falliert, so wurde die Last auf das für das Unternehmen verantwortliche öffentliche Departement entfallen. Die Sozialisten sehen nur die erfolgreichen Kapitalisten und sind auf ihren Reichtum neidisch. Sie möchten ihn gern verteilen; wenn sie das nicht ausführen könnten, wären einige von ihnen sofort bereit, ihn zu vernichten. Schließlich ist ein Kapitalst im Prinzip eine Person, die strenge Proben überlebt und ihr Geschäft so weit gebracht hat, daß es Früchte trägt. Was geschieht jetzt mit dem erfolgreichen Kapitalisten, der ein großes Geschäft erzeugt, das die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen hilft und zur Entwicklung des nationalen Lebens beiträgt. Kann man annehmen, daß ein Regierungsdepartement imstande sein würde, all die verschiedenen Verfahren der Industrie zu leiten und bei fixierten Arbeitsstunden und fixierten Gehältern das schöpferische Genie der Nation zu erwecken oder die unvermeidlichen Katastrophen zu ertragen, welche den Schritten der Menschheit zu allen Zeiten im Wege liegen?

Ferner, wäre Sozialismus für uns in unserer Zeit und Generation etwas Gutes? Ich weiß nicht, wie die sozialistische Doktrin in Großbritannien anwendbar wäre. Es ist richtig, unsere Zivilisation weist schreckliche Kontraste zwischen reich und arm auf. Nur ein kleiner Bruchteil des Volkes besitzt Vermögen, Land oder zinsentragendes Eigentum. Und dennoch, im Laufe der Zeit haben wir auf dieser nebligen, sturmgepeitschten Insel einen höheren materiellen Stand der Lebenshaltung erreicht, als er irgendwo anders in Europa zu finden ist, und wir haben auch ein höheres Gefühl für Freiheit und den Genuß persönlicher Rechte geschaffen als irgendein anderes Land nicht nur in Europa, sondern auch jenseits des Atlantik. Sollen wir unsere Inselheimat als eine ...äbige Leistung, eine Monstrosität ansehen und sie von Ideen vernichten lassen, die von den elenden und unglücklichen Nationen Zentral-Europas und West-Asiens bei uns importiert worden sind? Die können uns nichts lehren. Die haben in ihrer Zivilisation nichts zustande gebracht, das dem intensiven, sozialen und körperschaftlichen Leben, wie wir es in England haben, gleicht.

In unserer Gesellschaft haben wir jede Art des Fortschritts. Wir haben Freiheit, demokratische Einrichtungen und jegliche Mittel zum Vorwärtsschreiten. Die Entwicklung der Vergangenheit ist ein Wegweiser für die Zukunft. In dem Maße, in dem wir imstande sind, den Massen ein vernünftiges Minimum der Lebenshaltung zu verschaffen und die dunklen Flecken, Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten, unter denen sie leiden, zu verringern, werden wir auch die Gemüter der Menschen von jener Philosophie der Verzweiflung reinigen, und wir sollten kein Vorgehen und keine Vorhalte scheuen, welche die Menschen diesen Weg entlang führen werden.

Wenn absolute Gleichheit unter Individuen eingeführt werden soll, muß sie auch unter Nationen eingeführt werden. Das englische Volk steht auf einer höheren sozialen Stufe als die große Masse der Bevölkerung der Welt. Soll es sich dem allgemeinen Zustand der Menschheit gleichmachen, alles aufgeben, was es durch den Kampf von Generationen gewonnen hat, und sich gleichmäßig an einem gemeinsamen Einsatz beteiligen? Wenn dies geschähe, so könnten sich unmöglich mehr als zwei Drittel der jetzt auf den britischen Inseln lebenden Bevölkerung erhalten. Ihr gesamtes Schicksal hängt von ungeheuren und verwickelten Operationen des Kapitalismus, besonders in unserem Ausfuhrhandel ab.

Ungefähr 400 Millionen Pfund Sterling kommen jedes Jahr aus Kapitalanlagen im Ausland nach England. Wohin würde das unter dem Sozialismus gehen? Selbst angenommen, es verbliebe in der Verfügung einer sozialistischen Regierung, könnte sie im Namen der Logik, der Gerechtigkeit, diese Früchte der früheren „Ausnutzung" des überseeischen „Proletariats" behalten? Ich kann nicht einsehen, wie irgendeine logische Anwendung der sozialistischen Theorie auf das Leben Englands etwas anderes bewirken könnte, als die Lebenshaltung jeder Klasse auf eine merklich niedere Stufe herabzudrücken, und es ist höchst wahrscheinlich, daß der Prozeß der praktischen Ausführung sozialistischer Theorien von ...waltigen Katastrophen begleitet werden würde, welche die großen Massen unseres Volkes auf dieser übervölkerten Insel mit Sicherheit den furchtbarsten Hungersnöten und Verwirrungen, welche die Welt je gesehen hat, aussetzen müßten.

Mr. Mac Donald sagt, eine sozialistische Regierung würde nur die Posten von ungefähr fünf Prozent der Arbeitenden verändert haben. Er würde nur die Feder aus der Uhr nehmen und das Werk unverändert belassen — dann würde alles weitergehen wie zuvor. Große Verantwortlichkeit ruht auf denen, die in gegenwärtigen Zeiten öffentliche Stellungen bekleiden. England bewegt sich einen äußerst schwierigen Pfad entlang, und es wäre leicht genug, seinen Fortschritt aufzuhalten und es in den Abgrund zu stürzen. Wir können es uns nicht erlauben, Theorien anzunehmen, die allen Grundsätzen, durch welche wir stark und und groß und frei geworden sind, Hohn sprechen. Wir leben unter einem System, das, gleichviel, was seine Fehler und Mängel auch sein mögen, noch lebensvoll, lebendig, voller Fortschrittsmöglichkeiten ist, und das auf Millionen Straßen stetig vorwärts schreitet — entgegen dem Ziele der gleichen Gelegenheit für jedermann, sich zu dem Höchsten zu entfalten, das in ihm liegt.

Aus dem Inhalt der Beilagen

Beiblatt:
Teufelsmaske und Domino: Die Flucht aus dem Ich (Achim). — Oh, München im Fasching! (Sofie v. Uhde).

„Das Unterhaltungsblatt":
Das Spektrum Europas (Otto Frhr. v. Taube). — Die Baumgestalt (Adolf Koelsch) — Wenn die Fremden kommen … (Otto Schaumburg). — Der Ring (Erich Noether). — Gang im Februar (Willibald Omankowski). — Verse aus Holland (Robert Seitz). — Die Magie der Zahl. — Zeitschriftenlese.

„Kraft und Stoff":
Kalk als Dünger. — Das fünfte Rad am Wagen. — Brennstoffe für Landwirtschaftsmotoren (Dr. Ing. Florig). — Zur Geschichte der Hannoverschen Erdölindustrie (Dipl. Bergingenieur Dr. phil. W. Kauenhowen).

„Winterreise und Wintersport":
Norwegische Wintermärchen (Fritz Löwe). — Das schöne Engadin. — Brücken über den Rhein. — Oesterreichische Verkehrsbauten.

*

Die große Wellenfrage — moderne Abendfrisuren (L. Reich).

Leitsätze der Politik Chamberlains

Als Ergebnis des Rededuells Stresemann—Briand

sx. London, 4. 2. (Eigenbericht)

Zum Abschluß des Rededuells Stresemann-Briand lassen sich auf Grund verschiedener Unterredungen mit politischen und finanziellen Kreisen folgende Leitsätze formulieren, an denen sich die Chamberlainsche Politik orientieren dürfte:

1. England steht einer Wiederaufnahme der Thoiry-Politik grundsätzlich sympathisch gegenüber.

2. Jede weitere Berufung auf den „Geist von Locarno" sollte jedoch vermieden werden.

3. **Die Frage der Rheinlandräumung sollte aus dem Bereich politischer Reden und aus dem Fragenkomplex Sicherheit und Abrüstung herausgenommen und mit aufrichtiger Nüchternheit im Geiste des business as usual erledigt werden.**

4. **Aus diesem Grunde wird selbst die vorübergehende Einrichtung einer Rheinland-Kontrolle von England nicht gewünscht. Es wäre, heißt es, für alle Beteiligten besser, die Dinge zu lassen, wie sie sind, bis eine business-Lösung möglich ist.**

5. Trotz des starken Interesses Englands an einer Kommerzialisierung der Dawes-Zahlungen hält man den Versuch einer solchen Lösung noch für verfrüht. Das Schatzamt ist sich klar darüber, daß die Kommerzialisierung eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Schuld einschließt. Die öffentliche Meinung in England ist durch die Schuldenverhandlungen mit Frankreich, Italien und den übrigen Alliierten an dem Gedanken eines Schuldenerlasses reichlich gewöhnt. In den übrigen Alliierten an den Gedanken eines nicht der Fall. Der verfrühte Versuch einer business-Lösung würde also für Deutschland ein schlechtes Geschäft sein.

Trotz dieser geschäftsmäßigen Grundsätze ist man jedoch der Ansicht, daß die politischen Gesichtspunkte sich insofern nicht völlig ausschalten lassen, als es sich nicht leugnen läßt, daß in Frankreich Sicherheitswünsche bestehen. Daß Frankreich trotz der englischen Locarno-Garantie noch solche Sicherheitswünsche hat, wird nicht als Mißtrauen gegen England empfunden. Mit der Fragestellung, ob diese Wünsche berechtigt sind, komme man der Lösung nicht näher. An der Tatsache, daß diese Wünsche bestehen, könne die „Realpolitik" jedoch nicht vorübergehen.

*

Zur Feier des heutigen 10. Jahrestages der Verleihung des Wahlrechtes an Frauen versammelten sich heute abend 150 ehemalige Kampfsuffragetten zu einem Essen. Von den Teilnehmerinnen rechnen 80 es sich zur Ehre an, daß sie in der stürmischen Agitationsperiode vor Einführung des Frauenstimmrechts wegen Ruhestörung, Ministerbelästigung, Sachbeschädigung usw. im Gefängnis gesessen haben.

*

Vom Britischen Museum wird mitgeteilt, daß der Testamentsvollstrecker des Marschalls Haig aus dem Nachlaß des Marschalls dem Museum das Kriegstagebuch Haigs überwiesen habe mit der Bedingung, daß das Tagebuch erst im Jahre 1940 geöffnet wird. Das Buch ist in die Manuskriptsammlung des Museums übernommen worden und wird dort für die nächsten zwölf Jahre unter Verschluß gehalten. Marschall Haig hat in seinem Testament angedeutet, daß von der Eröffnung seines Tagebuches sensationelle Enthüllungen zu erwarten seien. Da jedoch die beteiligten Personen zurzeit noch am Leben seien, wünsche er, daß das Tagebuch nicht vor 1940 geöffnet werde.

Titulescu für Frieden im Rahmen der Verträge

a. Paris, 4. 2. (Eigenbericht)

Der rumänische Außenminister Titulescu gab gegenüber hiesigen Pressevertretern Erklärungen über die verschiedenen Fragen der rumänischen Außenpolitik ab. Titulescu erklärte, daß die Ziele der Politik Rumäniens in der Erhaltung des Friedens auf Grund der bestehenden Verträge beruhen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, müsse Rumänien in enger Zusammenarbeit mit den Mächten vorgehen, an deren Seite es während des Krieges gekämpft habe. Darüber hinaus werde Rumänien nach Möglichkeit bemüht sein, die Beziehungen zu den früher feindlichen Staaten zu verbessern, vorausgesetzt, daß die Verträge nicht in Frage gestellt und in gutem

Im übrigen versicherte Titulescu, daß seine Reise im Gegensatz zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten mit Anleihefragen nichts zu tun habe. Seine Verhandlungen mit Mussolini hätten sich auf die verschiedenen im Vordergrunde der Tagespolitik stehenden Fragen bezogen. Was das Verhältinteressierenden Fragen sprechen wolle.
nis Rumäniens, Italiens und Frankreichs betrifft, so stimmt Titulescu vollkommen mit den Aeußerungen überein, die Briand in seiner Senatsrede über diese Frage getan hat. Rumänien sei im höchsten Grade an allen Problemen interessiert, die sich auf das gute Verhältnis zwischen Jugoslawien, Italien und Frankreich beziehen. Seinen Pariser Aufenthalt kennzeichnet Titulescu dahin, daß er mit Briand über alle die beiden Länder Willen durchgeführt würden.

Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag

a. Paris, 4. 2. (Eigenbericht)

Die französische Regierung hat den Wortlaut des in den nächsten Tagen zur Unterzeichnung gelangenden französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages endgültig genehmigt. Der Vertrag wird jedoch erst in Kraft treten, wenn seine Ratifizierung durch den amerikanischen Senat erfolgt sein wird. Dies wird jedenfalls erst in einigen Wochen geschehen.

Mussolini-Gebote a die Auslandsfascisten

Fascistische Hochschule für Leibesübungen

fr. Mailand, 4. 2. (Eigenbericht)

Mussolini hat den fascistischen Auslandsorganisationen ein eigenes Reglement gegeben, dessen erster Artikel aus acht Geboten besteht, in denen die Pflichten dem Gastlande und der Heimat gegenüber festgelegt werden. Das 1. Gebot beginnt mit den Worten: Die Fascisten im Auslande sind den Gesetzen des Landes, in dem sie leben, Gehorsam schuldig. Im 2. Gebot werden sie angehalten, sich nicht in die innere Politik des Gastlandes einzumischen. Das 3. Gebot ist eine Mahnung, die Zwistigkeiten innerhalb ihrer Kolonie zu fesseln. Das 4. Gebot fordert zur Redlichkeit im öffentlichen und privaten Leben auf. Das 5. Gebot lautet, die staatlichen Vertreter zu achten und ihren Anweisungen zu folgen, das 6. Gebot: die Italianität in Vergangenheit und Gegenwart zu verteidigen, das 7. Gebot: den in Not befindlichen Landsleuten zu helfen, und endlich das 8. Gebot: ebenso diszipliniert im Ausland zu sein, wie es im Inland der Fall ist.

Die fascistischen Organisationen im Ausland unterstehen dem Generalsekretär in Rom und in einzelnen Ländern eigenen Sekretären, die die Konsulate in ihrer Tätigkeit unterstützen sollen. Sie haben die Disziplinarstrafgewalt. Die Strafen sind Verwarnung, zeitweiliger Ausschluß und Ausstoßung. Von der letzteren Strafe hat der Generalsekretär zweimal schon Gebrauch gemacht. Einmal gegen einen Italiener in Amerika wegen Erregung von Zwistigkeiten, das zweite Mal gegen einen Italiener in Reims wegen nationaler Unwürdigkeit. Dieser Italiener hatte sich nämlich bei den französischen Behörden darum bemüht, daß seine Frau, die französischer Abstammung ist, die französische Staatsangehörigkeit beibehalte.

*

Am Sonntag wird in Gegenwart Mussolinis in Rom die fascistische Hochschule für Leibesübungen feierlich eingeweiht werden, die der Ausbildung von Sportlehrern dienen soll. Die Gründung geht aus von der fascistischen Balilla-Organisation, die die körperliche und moralische Erziehung der Jugend leitet. In die Hochschule werden nur Abiturienten aufgenommen, die während ihrer Ausbildung in einem der Hochschule angegliederten Internat untergebracht werden. Der Lehrgang währt für Sportlehrer zwei Jahre. Ein dritter Jahreskurs ist für die vorbehalten, die leitende Posten in der Provinz bekleiden sollen. Der Unterricht, der sich offenbar eng an das deutsche Vorbild anschließt, zerfällt in einen praktischen und einen theoretischen Teil; in diesem ist auch der Unterricht in fascistischem Recht, in englischer und französischer Sprache und im Chorgesang eingeschlossen. Die Ausbildung steht natürlich anders wie in Deutschland in engem Zusammenhang mit der militärischen Ausbildung, da die Sportlehrer ja im wesentlichen den vormilitärischen Unterricht zu leiten haben. Der „Popolo d'Italia" veröffentlicht den Bauentwurf für die Palestra und die Schulräume. Der Entwurf stammt von Professor del Debbio. Die Architektur erinnert sehr an deutsche Vorbilder. Der Bau soll noch in diesem Jahre fertiggestellt werden.

Die Unruhen in Indien dauern an

sx. London, 4. 2. (Eigenbericht)

Die Unruhen in Indien anläßlich der Ankunft der Verfassungskommission dauern an. In Kalkutta wurden 80 Personen verwundet, darunter der Chef der Polizei, Sir Charles Tegart. Von 10 000 demonstrierenden Studenten wurden etwa 100 verhaftet. In den Straßen patrouillieren Panzerwagen. Viele Straßenbahnwagen wurden durch Steinwürfe beschädigt und Führer und Fahrgäste verwundet. Ein großer Prozentsatz der Polizei in Kalkutta wurde bei Zusammenstößen mit Studenten verwundet. Auch in Madras kam es zu umfangreichen Ruhestörungen.

„Der Arzt wider Willen"

Staatsoper

Es lohnt sich schon, diese komische Oper von Gounod einmal zu hören; sie hat eine sehr feine, saubere Partitur und ist ein hübsches Beispiel für den eleganten Stil der französischen Spieloper. Fritz Zweig traf als Dirigent diesen Stil ausgezeichnet. Aber auf der Bühne gab es eine von Hanns Schulz-Dornburg besorgte Inszenierung, die dauernd zwischen Kasperletheater und derbem Realismus schwankte und dadurch die Einheitlichkeit der Wirkung störte. Darüber wird noch zu reden sein, auch über die Solisten, unter denen sich besonders Karl Hammes auszeichnete. Der Beifall war freundlich.

Schrenk

Internationales Schachturnier

In dem Jubiläumsturnier der Berliner Schachgesellschaft von 1827, über dessen Eröffnung wir im lokalen Teil heute berichten, gab es weiterhin gestern folgende Ergebnisse: Sämisch gewann gegen …age, Johner verlor eine Prachtpartie gegen Bogoljubow, Helling verlor, wie nach seinem Bericht vorauszusehen war, gegen Reti, Steiner gewann die Partie gegen Tartakower, … und Leonhardt gaben ihr Spiel unentschieden auf, der junge Schwede Stoltz spielte wie ein Löwe gegen Nimzowitsch. Diese Partie dauerte nach sechs Stunden Spielzeit noch an. Heute von 4 bis 7 und 8 bis 11 wird die …te Runde gespielt.

Letzter Sportbericht

Wettschwimmen im Lunapark

Bei dem interessanten Schwimmfest, das im Lunabad vor sich geht, ergaben gestern die drei ersten Rennen folgende Sieger: Freistilstaffel 4 mal 100 Meter, Borussia-Silesia (Breslau), 3 Min. 15 Sek., 1 mal 100-Meter-…staffel, Hellas (Magdeburg), 14 Min. … Sek., 200 Meter Seite, Bartsch-Poseidon (Berlin), 2 Min. 47 Sek.

Ein Uebergangskabinett in Griechenland

Finanzminister Kafandaris mit der Bildung betraut

kbg. Wien, 4. 2. (Eigenbericht)

Nach dem schon gemeldeten Rücktritt des griechischen Kabinetts Zaimis ist der bisherige Finanzminister Kafandaris mit der Regierungsbildung betraut worden. Nach dem Rücktrittsbeschluß der Regierung waren die Parteiführer zur Konferenz mit dem Staatspräsidenten zusammengetreten.

Die Athener Blätter bestätigen unsere heutige Meldung, daß die Gesetzesvorlage über Straßenbauten den Anstoß zum Ausbruch der Regierungskrise gab. Angeblich soll jetzt nur ein Uebergangskabinett gebildet werden, das bis Mitte März im Amt zu bleiben hätte, dann aber von einem Kabinett aus allen Parteien unter dem Vorsitz von Venizelos abgelöst werden soll.

Die griechische Regierung bezeichnet alle Nachrichten über eine Meuterei in der griechischen Armee als unwahr. Die Regierung sah sich dagegen genötigt, den Dampfer „Pireus" nach Kreta zu entsenden, von wo wieder Bauernunruhen gemeldet werden, die angeblich wegen Steuerschikanen ausgebrochen sein sollen. Der Gouverneur von Kreta hat die Regierung um Hilfe ersucht, nachdem Tausende von Bauern Ueberfälle auf Amtsgebäude unternommen haben. Die Polizei hat bisher bei derartigen Zwischenfällen über 100 Personen verhaftet, im übrigen aber versucht, die Menge durch Schreckschüsse zu vertreiben. Am morgigen Sonntag sollen in den Städten Vamos sowie Canae große Steuerprotestversammlungen angekündigt sein, und man befürchtet aus diesem Anlaß neue Unruhen.

*

Die Berliner griechische Gesandtschaft teilt u. a. mit:

Es ist natürlich, daß auch jetzt, da in Griechenland eine ministerielle Krise herrscht, wie eine solche in jedem parlamentarisch regierten Lande vorkommen kann, die Phantasie sie zum Anlaß nimmt, um wieder weittragende Gärungen zu mutmaßen. Die Gesandtschaft fühlt sich aus der Kenntnis der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Griechenland heraus berechtigt, dergleichen Befürchtungen für ganz und gar unbegründet zu halten, und ist überzeugt, daß die ministerielle Krisis baldmöglichst beendet sein wird.

Polnische Antwort an Danzig

lz. Danzig, 4. 2. (Eigenbericht)

Auf den Verständigungswillen der neuen Danziger Regierung von Sozialdemokraten, Zentrum und Linksliberalen Polen gegenüber, wie er in der letzten Regierungserklärung seinen Ausdruck fand, worin von Danziger Seite betont wurde, in strittigen Fragen nach Möglichkeit den unmittelbaren persönlichen Verhandlungsweg zu wählen und die Anrufung der Genfer Instanzen möglichst zu vermeiden, kommt heute ein recht merkwürdiges Echo aus Warschau. Von dort wird eine Meldung gegeben, die deutlich erkennen läßt, daß Polen selbst in strittigen Fragen einer persönlichen Verständigung mit Danzig aus dem Wege geht und es stattdessen vorzieht, eine Entscheidung des Völkerbunds in einer Danzig-polnischen Streitfrage selbst zu beantragen. Diese Meldung aus Warschau besagt folgendes: Die polnische Regierung beschloß, die Frage der Erhebung einer besonderen Abgabe für Frachtbriefe auf den Eisenbahnstrecken der Freien Stadt Danzig den Völkerbundsinstanzen zur Entscheidung vorzulegen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

	4. 2.	3. 2.		4. 2.	3. 2.
Tägl. Geld	4½ %	4½ %	London 60 T.	4,83	4,82 15/16
Bankakzepte			Paris	3,92	3,92⅝
(90 Tage) B	3⅝ %	3⅝ %	Brüssel	13,92½	13,92½
do. do. G	3½ %	3½ %	Amsterdam	40,28	40,27
Pa. Handelsw. niedrig. Kurs	3⅞ %	3⅞ %	Zürich	19,24	19,23½
do. höchster	4 %	4 %	Oslo	26,58½	26,58
Berlin Mittelk.	23,85½	23,85½	Kopenhagen	26,77	26,77
bez.	——	——	Prag	2,96½	2,96½
London			Rom	5,29	5,28½
Kabel Tr.	4,87 9/16	4,87½	Madrid	17,02	17,03
			Silber	56½	56½

New Yorker Börse

	4. 2.	3. 2.		4. 2.	3. 2.
Baltimore & Ohio	111⅛	111	6½ Elektrowerke 50	—	97½
Canad. Pacific	204	203½	7 GuteHoffnungsh.	101	101
Chesapeake & Ohio	192	193½	7½ Rh.-Elbe-Union	—	111½
ChicagoMilwaukee	16	15½	6½ Rh. Westf. Elek.	92½	92½
Erie	53½	55⅝	7 Rh. W. El. 1950	101⅝	101½
Missouri Pacif. pref	107	108½	7½ Leonh. Tietz	—	—
Pennsylvania	63⅝	64½	7 Sachs. Wke. 45	101	101
Reading	97½	97½	6 Siem. u. H. 1951	107	106½
Southern Pacific	118½	118½	6½ Ver. Stahlw. A.G.	—	96½
Union Pacific	186	186	7 Oest. Völkerbd.	103½	103½
Bethl. Steels	58½	57	6½ Bayr. Staatsanl.	98½	98½
General Electric	129½	128½	6½ Berl. Stadt 25	—	99½
General Motors	134½	133½	7 Bremer Anleihe	—	—
Gillette Safety Raz.	99	98½	7 Franz. Gold 49	107½	108
Intern. Harvester	231	—	7½ Rep. DawesAnl.	107½	107½
Standard Oil N. J.	39	39	7 Dt. Kom. Verb. 47	100	99½
Studebaker	61½	61½	7 Rentenbk. Kredit	100½	101
U. S. Steel Corp.	143½	142½	5 Mex. Ausl. v. 99	39½	—
6½ St. Louis Prior.	91½	91½	4 Mex. Gold v. 04	26½	26½
4½ do. cum. Mrt. Bd.	101	101	8 Poln. Ausl. 50	99½	100
6½ % A. E. G. 1945	120	—			

New York, Produktenmarkt

	4. 2.	3. 2.		4. 2.	3. 2.
Kaffee Santos	21,75	21,75	Roheisen p. Schiff	—.—	—.—
" Rio loko	14 13/16	14 13/16	Weissblech	5,25	5,25
" März	13,84	13,76	Schmalz West.	11,90	11,95
" Mai	13,67	13,60	Talg extra lose	9,00	9,00
" Juli	13,52	13,48	Bw. Saatöl loko	9,40	9,50
" Septbr.	13,33	13,31	" März	9,42	9,53
" Dezbr.	13,21	13,19	" Mai	9,46	9,60
Baumwolle loko	17,50	17,65	Petrol. Stand. wh.	16,90	16,90
" März	17,05	17,16	" Fässern	13,50	13,50
" Mai	17,21	17,33	" Midcontinent	1,22	1,22
" Juli	17,32	17,41	Pennsylv. Rohöl	2,80	2,80
" August	17,15	17,32	Zucker März	2,55	2,55
Zufuhr	13 000	24 000	" Mai	2,63	2,64
Kupfer elektr.	14½	14½	" Juli	2,73	2,73
" 80-90 Tage	14,27	14,27	Kautsch. crepe	37⅝	37⅝
Zinn	53⅝	54,25	" sheet	37⅝	37⅝
Blei	6,50	6,50	Terpentin	60,50	60,50
Zink	5,65	5,65	" Savannah	55,00	55,00
Roheisen p. Bahn	21,91	21,91	Baumw. N. Orl.	17,02	17,19

	4. 2.	3. 2.		4. 2.	3. 2.
Weizen, rot.	153½	153½	Mehl, Sp.	6,50—6,85	6,50—6,85
Hardwinter	145	145½	Getrfr. Engl.	1/9—2/9 sh	1/9—2/9 sh
Mais, loko	103½	103½	Kontinent	7—10 cts	7—10 cts

Chicago, Produktenmarkt

	4. 2.	3. 2.		4. 2.	3. 2.
Weizen März	129	129½	Schmalz Mai	11,35	11,57½
" Mai	129½	128½	Rippen Mai	11,00	11,32½
Mais März	89	88	Speck	11,12½	11,12½
" Mai	91½	91½	Leichte Schweine niedr.	8,00	8,00
Hafer März	54½	54½	Leichte Schweine höchst	8,35	8,45
" Mai	55½	55½	Schwere Schweine niedr.	7,90	7,90
Roggen März	107½	107½	Schwere Schweine höchst	8,25	8,30
" Mai	108	108½	Zufuhr Chicago	14 000	52 000
Schmalz März	11,12½	11,35	Zufuhr Westen	46 000	168 000

Ministerielle Kartellaufsicht

Von
Dr. J. W. Reichert, M. d. R.

Das aufsehenerregende Vorgehen des Herrn Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius gegen die Organisationen der Stahl- und Walzwerksindustrie besteht darin, daß er ein in der Kartellgeschichte ganz ungewöhnliches Mittel angewandt hat. Der Minister hat von dem § 4 Abs. 1 Ziffer 3 der Kartellverordnung Gebrauch gemacht und eine eingehende Kontrolle der Verträge und Beschlüsse der Kartelle angeordnet mit der Begründung, die Verträge und Beschlüsse der Kartelle und die Art ihrer Durchführung gefährdeten die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl.

Nicht mit Unrecht haben manche Kreise es ausgesprochen, daß in dem Vorgehen des Ministers eine Art Rückfall in die Zwangswirtschaft festzustellen sei, weil nun wieder mit der ministeriellen Einmischung in die Preisbildung begonnen werden solle. Außer diesem grundsätzlich zu mißbilligenden Schritt ist aber vor allen Dingen mit Recht dagegen Stellung genommen worden, daß in der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers einer Industrie von Weltbedeutung der schwere Vorwurf gemacht worden ist, sie gefährde durch ihre Organisations- und Preispolitik das Gemeinwohl oder die Gesamtwirtschaftsinteressen.

Seitdem die Kartellverordnung Gültigkeit hat, ist es erst ein- oder zweimal vorgekommen, daß Industriezweige lokaler Bedeutung auf Grund der erwähnten Bestimmungen unter Kartellaufsicht gestellt worden sind; in solchem Fall ist diese Maßregel sehr schnell wieder zurückgenommen worden. Man kann auch bei ruhiger Betrachtung des neuen Vorgehens des Reichswirtschaftsministers dieser Behörde und ihrem Leiter den Vorwurf nicht ersparen, daß die Verhängung der Kartellaufsicht mit der das Ansehen der Industrie gefährdeten Begründung eine übereilte, grundlose und völlig unhaltbare Maßregel ist. Gerade eine Industrie, die, wie die deutsche Schwerindustrie, bei den Linksparteien und der Linkspresse traditionell und gewerbsmäßig verleumdet zu werden pflegt, auch wenn nicht der mindeste Anlaß dazu besteht, konnte und durfte von einer verantwortlichen Behörde erwarten, daß sie nicht etwa die Parole für einen neuen Verleumdungsfeldzug ausgebe.

Es soll an dieser Stelle nicht davon gesprochen werden, welche hohe Verantwortung die mit der Führung der Stahl- und Walzwerksindustrie betrauten Männer tragen, welch ungeheure Arbeit sie gerade im Interesse des Gemeinwohls und der Gesamtwirtschaft jahraus, jahrein leisten, um Hunderttausenden von Arbeitern in der Eisen schaffenden und in der Eisen verarbeitenden Industrie Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Es soll hier nicht näher erwähnt werden, wie ungeheuer schwer die Sicherung des Bestandes und der Entwicklung der deutschen Schwerindustrie ist, seitdem das Versailler Diktat und die Währungszerrüttungen in den westlichen und östlichen Nachbarländern den deutschen Eisenmarkt und den Weltmarkt heimgesucht haben. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß nunmehr drei Jahre ins Land gegangen sind, ohne daß trotz aller selbstkostensteigernder Ursachen die Eisen- und Stahlpreise der Syndikate verändert worden sind, und daß Eisenindustrie und Bergbau seit der Stabilisierung viele Hunderte von Millionen, wenn nicht schon eine Milliarde Mark, aufgewandt haben, um ihre Werke im Interesse der Gesamtwirtschaft auch technisch und organisatorisch wieder auf die Höhe zu bringen.

Wenn man in der Geschichte der deutschen Kartellpolitik blättert, kann man ein Bedauern über den Wandel der ministeriellen Auffassungen nicht unterdrücken. Als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt (Berlin) im Jahre 1921 Wirtschaftsminister war, begann er, sich der Mitarbeit der Spitzenverbände der Industrie, des Groß- und Einzelhandels zu versichern, um sich einen genauen Ueberblick über den Stand des Kartellwesens zu verschaffen. In einem Schreiben vom 30. November 1921 hat Herr Schmidt ausdrücklich das Entgegenkommen der drei Spitzenverbände anerkannt und u. a. betont, daß es einer von aufrichtigem Willen und gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit der Reichsregierung und der Wirtschaftsvertreter bedürfe, um in zweckmäßiger Weise Kartellpolitik zu führen. In dem erwähnten Schreiben heißt es wörtlich:

„Ich würde es als einen Fortschritt begrüßen, wenn es durch solche vertrauensvollen gegenseitigen Aussprachen ermöglicht würde, gemeinsame Grundsätze zu finden, nach denen im einzelnen Fall die Grenzen des Erlaubten und Angemessenen objektiv festgestellt werden können. Denn es darf nicht übersehen werden, daß zur Erkenntnis, ob beispielsweise seitens eines Verbandes mit einer überlegenen Kartellgewalt Mißbrauch getrieben worden ist, erforderlich ist, die Gesamtverhältnisse und die ganz besonderen Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. …… Insbesondere halte ich im Augenblick die Zeit nicht für gekommen, Vorschläge über den Ausbau einer besonderen Verwaltungsbehörde zu machen und den Erlaß neuer, die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit einschränkender Gesetzesvorschriften zu wünschen."

So sehr man diese vorsichtigen und wohl begründeten Stellungnahme des damaligen Reichswirtschaftsministers zustimmen kann, so sehr muß man bedauern, daß derselbe Abgeordnete Schmidt (Berlin) in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister und Vizekanzler des Kabinetts Dr. Stresemann am 2. November 1923 die Verordnung „Gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen", die unter dem kurzen Namen „Kartellverordnung" bekannt ist, unterschrieben hat, und zwar in der letzten Stunde, bevor er damals aus dem Kabinett ausgeschieden ist.

Die Kartellverordnung kann nicht als ein auf normale Weise zustande gekommenes Gesetz betrachtet werden, denn in jener Zeit war infolge der Ermächtigung der Reichsregierung durch die „Große Koalition" die